

## Umweltschutz und Energiesicherung: Vereinbarung oder Kompetenzänderung

Zu den aktuellsten Themen der österreichischen Innenpolitik aus der Sicht des Föderalismus zählen der Umweltschutz und die Energiesicherung – beides kompetenzrechtlich „komplexe Begriffe“, d. h., eine umfassende Regelung kann auf der Grundlage der geltenden Kompetenzverteilung nur im Zusammenwirken von Bund und Ländern erfolgen. Der Bund bekundet nun einerseits seine Gesprächsbereitschaft zur Erreichung einvernehmlicher Lösungen mit den Ländern, versucht aber andererseits durch Initiativanträge im Parlament, Kompetenzänderungen zugunsten der Länder zu erreichen.

Die Länder haben von sich aus für die kompetenzrechtlich schwierigsten *Umweltschutzbereiche* Luftreinhaltung und Lärmstörung bereits 1974 eine staatsrechtliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG vorgeschlagen. Die 1975 ebenfalls von den Ländern vorgeschlagene Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl – ursprünglich sogar über den höchstzulässigen Schwefelgehalt fester und flüssiger Brennstoffe – sollte bereits anlässlich der Landeshauptmännerkonferenz am 16. 6. 1978 in Eisenstadt unterzeichnet werden. Der Bund weigerte sich plötzlich mit dem Hinweis, daß die Frage, ob der Nationalrat mit der Vereinbarung befaßt werden müsse, nicht geklärt sei. Diese Klärung scheint dem Bund bis heute nicht möglich gewesen zu sein. Die Länder überlegen daher einen Abschluß der Vereinbarung untereinander.

Der Grund für die Weigerung des Bundes könnte aber ein anderer sein. Im Zusammenhang mit dem Forderungsprogramm der Bundesländer 1976 wurden vom Bund schon zu Beginn des Jahres 1978 Gegenforderungen nach Abtretung der Länderkompetenz auf dem Gebiete des Landarbeitsrechtes und

von nicht näher bezeichneten Länderkompetenzen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gestellt. Eine indirekte Präzisierung der Gegenforderungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes erfolgte erstmals durch eine Anfragebeantwortung von Bundesminister Primaria Dr. LEODOLTER (siehe IFO 6/1978).

Ungeachtet der Tatsache, daß Bundeskanzler Dr. KREISKY Gespräche über das Forderungsprogramm und die Gegenforderungen anlässlich der Landeshauptmännerkonferenz am 3. 11. 1978 in Klagenfurt ankündigte, wurde von sozialistischen Abgeordneten am 24. 1. 1979 ein *Initiativantrag*, der dem Bund neben den ihm bereits zustehenden Umweltschutzkompetenzen weitreichende bis umfassende Kompetenzen für die Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung sowie für die Abfallbeseitigung bringen würde, eingebracht.

*In: Informationsblatt d. Instituts für Föderalismusforschung, Innsbruck, Nr. 4/79*

## Die persönliche Meinung

Mag. Walter Gstader  
Naturschutzbeauftragter 6162 Mutters

Die Natur wurde jahrtausendlang als Feind bekämpft; es ist für die ältere Generation sicher nicht leicht, in den begonnenen Um Denkprozeß mitzukommen.

Die Zugeständnisse, die der Naturschutz bisher machen mußte, müssen genauso beendet werden wie der Alleinvertretungsanspruch einzelner Interessenvertretungen. In den meisten Fällen beansprucht der Naturschutz lediglich die wenigen zwischen den land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen noch verbliebenen, naturnahen Lebensräume: Die Praxis zeigt, daß nicht einmal diese für Schutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. So sieht also die Realität aus.



Vor kurzem sagte ein österreichischer Politiker im Fernsehen: „Wir sind nicht für die Vögel, sondern für die Menschen da!“

*Lesen Sie dazu folgende Meldung:*

Die Welle der Urlaubsbuchungen läuft auf Hochtouren, und Sylts Kurdirektor Peter Schnittgard steckte den Kopf in den Sand seiner gar nicht so sauberen Insel. Eine Ölkatastrophe gebe es an Sylter Stränden nicht, befand der Sprecher der Bädergemeinschaft. Doch welch Mysterium: Die Folgen der „hochgespielten Ölpest“ und „Panikmache“ waren nicht zu übersehen. Hunderte von ölverkleisterten Enten, Seetauchern und Möwen spülten die Wellen an die Strände des Renommierelandes der Republik.

Ein Massensterben wie seit Jahren nicht mehr hat seit einer Woche an Schleswig-Holsteins Westküste Tausende von Meeresvögeln dahingerafft. Allein auf Föhr, Amrum, Helgoland und vor allem Sylt trieben bisher über 1000 qualvoll verendete Tiere an. Das Ausmaß der Tiertragödie ist aber ungleich höher anzusetzen, da Vogelkundler davon ausgehen, daß nur 10 bis 25 Prozent der Opfer auch die Küsten erreichen.

Die Tiere sind Opfer der sozusagen schleichenden Ölpest in der Nordsee geworden. Denn – und darauf zielt die Reaktion des Kurdirektors: Ein Ölteppich ist weder vor Sylt, noch vor Amrum oder Dänemark gesichtet worden. Die Ratlosigkeit des Verkäufers frischer Luft und der Behörden wirkt verständlich. Gängige Vorstellung von „klassischer“ Ölpest bedarf einer faßbaren Tankerkatastrophe oder eines Bohrinselfests. Solche Betrachtungsweise verdrängt, daß die Ozeane und besonders das von hochindustrialisierten Staaten eingerahmte Randmeer Nordsee mit Chemikalien, Klärschlämmen, sonstigen Abfällen und besonders auch Öl zur Müllkippe umfunktioniert wurden, die nur der Wellenschlag verdeckt.

*Harro H. Müller: „Müllkippe unter den Wellen“,  
Deutsches Allgem. Sonntagsblatt, 25. 1. 1979*

Energie aus Sonnenenergie kann Fernsehsender betreiben

Auch in den gemäßigten Breiten könnte es sich künftig in vielen Fällen lohnen, Energie aus dem Sonnenlicht zu gewinnen, und zwar nicht nur Wärmeenergie für Heizung und Brauchwasser, sondern auch elektrische Energie. Einer der ersten Prototypen, mit dem entsprechende Möglichkeiten erkundet werden sollen, ist der von AEG-Telefunken errichtete „Füllsender Lasel“. Er steht in einem abgelegenen Teil der Eifel und hat die Aufgabe, einem Gemeindebereich mit rund 400 Menschen den Empfang wenigstens eines Fernsehprogramms zu ermöglichen.

Dieser Gemeindebereich liegt so ungünstig in einem Tal, daß die Wellen der großen Fernsehsender fast völlig von den Bergen abgeschirmt werden. Ein guter, ungestörter Fernsehempfang macht daher die Aufstellung eines Füllsenders oder Fernsehumsetzers erforderlich, der hoch genug steht, um die Programme zu empfangen und sie dann gezielt in das bisher verschattete Gebiet wieder abstrahlen zu können.

Zentrales Problem bei der Errichtung eines Fernsehumsetzers ist aber die Energieversorgung. Zwar ist der Energiebedarf nur gering – beim Füllsender Lasel beispielsweise werden für den Sendebetrieb nicht mehr als etwa 24 Watt benötigt. Aber diese Energie muß nicht selten viele Kilometer weit durch unwegsames Gelände herangeschafft werden. In solchen Fällen könnte sich auch in Mitteleuropa der Einsatz von Solargeneratoren lohnen, trotz des hohen Preises von 50 bis 100 DM pro installiertem Watt.

Mit 350 Watt liegt die installierte Spitzenleistung des Solargenerators zwar erheblich über der geforderten Betriebsleistung von maximal 30 Watt. Das ist jedoch notwendig, um die starken Unterschiede in der Sonneneinstrahlung im Verlauf des Jahres auszugleichen. Sie schwankt zwischen dem besten Wert im Sommer und dem schlechtesten Wert im Winter etwa um den Faktor 50. Um diese Differenzen auszugleichen und um für

den Betrieb in den sonnenlosen Abendstunden den nötigen Strom zur Verfügung zu haben, wurden zusätzlich Bleibatterien installiert. Der Solargenerator, aus 38 schräggestellten Platten zusammengesetzt, die mit jeweils 32 Solarzellen bestückt sind, speist diese Batterien, die dann im Bedarfsfall den für Empfang, Verstärkung und Abstrahlung nötigen Strom liefern.

In dem bisher etwa einjährigen Betrieb hat sich die Anlage voll bewährt. Auch in den sonnenarmen Monaten kamen die Talbewohner voll in den Genuß eines klaren, störungsfreien Fernsehprogramms, trotz der Sendeleistung von nur zwei Watt, die allerdings gebündelt in das Empfangsgebiet eingestrahlt wurde.

*Dietrich Zimmermann in: Die Presse, 3./4. 2. 1979*

## Landesrat Sepp Mayr von Südtirol:

Durch eine forcierte Nutzung der Bäche und Einzugsgebiete derselben für KWs zur Erzeugung von Elektroenergie würde den ökologischen Gegebenheiten unseres Landes ein

Dolchstoß versetzt. Die Schäden am Landschaftsbild, an Natur und Umwelt, in Land- und Forstwirtschaft, am Wasserhaushalt usw. wären unermesslich. Zugleich würden (durch den Staat) all jene Möglichkeiten „vorweggenommen“, die es auch hierzulande in einigen wenigen Gebirgsflüssen, in mit Natur und Umwelt verträglicher Art und Weise gestatten würden, kleinere Anlagen zur Erzeugung elektrischer Energie für den örtlichen Stromverbrauch zu errichten.

Würde die Absicht des Staates oder seiner begünstigten Körperschaften vollzogen, so könnte es tatsächlich so weit kommen, daß gar mancher Mitbürger aus Hochtälern unseres Landes abwandern müßte, wie es zahlreichen Friaulern erging, wo die Bevölkerung durch unkontrollierte Wasserkraftausnutzung in vielen Gebieten zur Abwanderung gezwungen wurde.

*(Volksbote, 6. 12. 1978)*

*Näheres dazu lesen Sie in unserem nächsten Heft über Südtirol*



# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1979

Band/Volume: [1979\\_2](#)

Autor(en)/Author(s): diverse

Artikel/Article: [Meinung aktuell 41-43](#)